

Polen und die Ukraine schließen sich zu einer De-facto-Konföderation zusammen

23. Mai 2022

Von Andrew KORYBKO

Polen und die Ukraine fusionieren zu einer De-facto-Konföderation

Damit wird praktisch genau das Gleiche erreicht wie mit einer Militäroperation, wenn nicht noch viel mehr, und das auch noch mit offensichtlich friedlichen Mitteln. Ihre Bürger werden auf dem Gebiet des jeweils anderen frei leben und arbeiten können und dabei "Bildung, medizinische Versorgung (und) soziale Garantien" erhalten, was so ziemlich das ist, was die Menschen in der de facto konföderierten Schengen-Zone bereits tun können.

Polen hat noch keine Militäroperation in der Ukraine begonnen, wie der russische Spionagechef Naryschkin letzten Monat unter dem Deckmantel seiner groß angelegten Übungen entlang der Grenze des Landes und unter dem Vorwand der Entsendung von Friedenstruppen ankündigte, die irgendwann im Mai stattfinden könnte. Das bedeutet jedoch nicht, dass er völlig falsch lag, denn die Reden der polnischen und ukrainischen Regierungschefs vor der Werchowna Rada am Sonntag deuten sehr stark darauf hin, dass diese beiden Länder beschlossen haben, sich de facto zu einer Konföderation zusammenzuschließen. Damit wird praktisch genau das Gleiche erreicht wie mit einer Militäroperation, wenn nicht noch viel mehr, und das auch noch mit offensichtlich friedlichen Mitteln.

Interessierte Leser sollten die Reden von Duda und Zelensky in vollem Umfang lesen, bevor sie fortfahren, um besser zu verstehen, warum die Analyse zu dieser dramatischen Schlussfolgerung gelangt ist. Sie sind im vorangehenden Satz verlinkt und jeweils mit der Rede ihres Führers verbunden, wie sie von ihren offiziellen Websites ins Englische übersetzt wurde. Die wichtigsten Auszüge aus Zelenskys Rede betreffen das überschwängliche Lob Polens und Bemerkungen über die ewige Einheit seines Volkes mit diesem Land, von dem er wörtlich sagte, dass es nun "für immer" bestehen müsse. Er streute auch ihre berühmtesten historischen Figuren in seine Rede ein, um anzudeuten, dass sie eigentlich schon seit Hunderten von Jahren geeint sind.

Wie auch sein polnischer Amtskollege zitierte er symbolisch Papst Johannes Paul II., der hoffte, dass Polen und Ukrainer ihre schwierige Geschichte hinter sich lassen würden, "damit sie gemeinsam eine Zukunft aufbauen können, die auf gegenseitigem Respekt, Brüderlichkeit, brüderlicher Zusammenarbeit und wahrer Solidarität beruht." Dies verleiht der Tatsache, dass Duda als erstes ausländisches Staatsoberhaupt seit Beginn der laufenden russischen Militäroperation in der Ukraine vor der Werchowna Rada spricht, eine religiöse und fatalistische Dimension. Zelensky schwärmte dann davon, dass die meisten Partnerstädte der Ukraine in Polen liegen, bevor er hinzufügte:

"Unsere Nationen sind auch Brüder. Unsere Länder sind Schwestern. Wir sind verwandt. Und es sollte keine Grenzen oder Barrieren zwischen uns geben".

Diese letzte Zeile kanalisiert, was Duda am 3. Mai während des polnischen Verfassungstages sagte, als er erklärte: "Ich hoffe, dass die Ukraine für die nächsten Jahrzehnte, und so Gott will, für die nächsten Jahrhunderte, ein brüderlicher Staat für die Republik Polen sein wird, das Land, in dem - wie ich hoffe, dass Präsident Wolodymyr Zelenski prophetisch sagte - es keine Grenze zwischen ihnen und uns geben wird; dass es keine Grenze geben wird; dass wir zusammen auf diesem Boden leben und unser gemeinsames Glück und unsere gemeinsame Stärke wieder aufbauen und wiederherstellen werden." Der ukrainische Staatschef kündigte dann die Arbeit an gemeinsamen Grenz- und Zollkontrollen an und versprach, den Polen in der Ukraine de facto die gleichen Staatsbürgerrechte zu gewähren, wie sie Polen den Ukrainern zuerkannt hat.

Dies betreffe insbesondere "legalen Aufenthalt, Beschäftigung, Bildung, medizinische Versorgung (und) soziale Garantien", so Zelensky. Mit anderen Worten: Jeder ihrer Bürger kann problemlos auf dem Territorium des anderen leben und sich voll in dessen Gesellschaft integrieren. Damit befinden sich Polen und die Ukraine auf dem gleichen Weg "eine Nation - zwei Staaten" wie die Türkei und Aserbaidschan. Zum Abschluss seiner Rede wies er darauf hin, dass die Sicherheit der beiden Länder nun eng miteinander verknüpft sei: "Ohne eine freie Ukraine kann es kein freies Polen geben. Ich weiß, dass Historiker oft darüber streiten, wer dies als Erster gesagt hat, wer der Autor dieses Satzes war. Wir haben diesen Streit beigelegt - das ist der Wille des ukrainischen und des polnischen Volkes."

Duda, der den polnischen "großen Bruder" der Ukraine in dieser De-facto-Konföderation vertritt, fügte einige weitere Details zu dem hinzu, was jeder in der kommenden Zukunft von der inoffiziellen Fusion der beiden erwarten kann. Er begann damit, dass er die Ukrainer als Helden bezeichnete, die "Europa vor der Invasion der Barbarei und des neuen russischen Imperialismus verteidigt haben", und antwortete damit auf die Beschreibung der Polen, die sie mit Waffen versorgt haben, um in ihrem Namen zu kämpfen. Dies nährt den Verdacht, dass Zelensky mit seinen abschließenden Worten andeuten wollte, dass ihre Sicherheit bereits miteinander verflochten ist, was zusammen mit ihrer angeblichen "Einheit", von der der ukrainische Staatschef erwartet, dass sie "ewig hält", der Grund dafür ist, dass sie sich de facto zu einer Konföderation zusammenschließen.

Genau wie Zelensky lobte auch Duda das "schwesterliche/brüderliche" Volk seines Landes in den höchsten Tönen und tat sein Möglichstes, um anzudeuten, dass es bereits seit Jahrhunderten vereint ist. Darüber hinaus zitierte er genau das gleiche Zitat von Papst Johannes Paul II., in dem er Polen und Ukrainer aufforderte, ihre schwierige Geschichte zu überwinden, was die religiöse und fatalistische Dimension ihrer De-facto-Konföderation noch

verstärkte. Nachdem er viel über Russland geschimpft hatte, ging Duda zum Kern seiner Rede über, indem er versprach, dass er "persönlich nicht ruhen wird, bis die Ukraine ein Mitglied der Europäischen Union im vollen Sinne des Wortes wird". Anschließend kündigte er einen neuen "Vertrag über gute Zusammenarbeit und gegenseitige nachbarschaftliche Beziehungen" an.

Duda erläuterte seine Pläne und schlug eine Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnlinie zwischen Warschau und Kiew sowie umfassende Verbesserungen aller anderen Verbindungsinfrastrukturen wie normaler Eisenbahnstrecken und Straßen vor. Es ist unklar, wie viele Dutzend Milliarden Dollar das alles kosten könnte, aber er glaubt, dass es absolut notwendig ist, denn "die polnisch-ukrainische Grenze sollte vereinen, nicht trennen." Er schlug außerdem vor, die gestohlenen russischen Devisenreserven in Höhe von etwa 300 Milliarden Dollar zur Finanzierung heranzuziehen, was die Idee bei seinen eigenen Landsleuten gut ankommen lassen könnte, die sich vorhersehbar dagegen sträuben würden, die Rechnung zu bezahlen und für ihre ukrainischen "Brüder und Schwestern" auf ewig in Armut zu leben.

Der letzte Vorschlag des polnischen Regierungschefs sieht vor, dass die Ukraine der von Warschau geleiteten "Drei-Meere-Initiative" beitrifft, die im Grunde als die von seinem Land angestrebte "Einflusssphäre" in Mittel- und Osteuropa (MOE) fungiert. Insgesamt zielt alles, was Duda vorgeschlagen hat, im Wesentlichen darauf ab, die Ukraine durch die De-facto-Konföderation, deren Gründung er und Zelensky gerade inoffiziell vereinbart haben, unter polnische Hegemonie zu bringen. Es gibt zwar klare Einschränkungen, z. B. dass Polen nicht für den Wiederaufbau der Ukraine zahlt und dass die Bürger beider Länder vermutlich nicht für politische Ämter im jeweils anderen Land kandidieren können, aber es ist klar, dass sie sich auf dem Weg zu einem konföderierten Staat befinden.

Ihre Bürger werden auf dem Gebiet des jeweils anderen Landes frei leben und arbeiten können, während sie "Bildung, medizinische Versorgung und soziale Garantien" erhalten, was für die Bürger der Schengen-Zone bereits möglich ist. Zwar wurde noch kein supranationales Gremium geschaffen, um diese beiden Bereiche zu regeln, wie es in der EU bereits der Fall ist, aber das ist eigentlich auch gar nicht nötig, da es Polen egal ist, welche lokalen Gesetze die Ukraine erlässt, und es kein Interesse daran hat, die Durchsetzung der Gesetze und die Rechtsprechung zu kontrollieren, solange Kiew seine Verteidigungs-, Wirtschafts- und Außenpolitik an Warschau abtritt. Diese dramatische Entwicklung würde normalerweise nur diese beiden Länder etwas angehen, wäre da nicht der aktuelle Konflikt Kiews mit Russland.

Der große strategische Kontext ist so beschaffen, dass die faktische Konföderation, die durch den informellen Zusammenschluss von Polen und der Ukraine entstanden ist, wobei Polen der "große Bruder" der Ukraine ist, Warschau die Möglichkeit gibt, in einem Teil von Lenins unnatürlichem Miniimperium zwischen Polen und Russland unter einem beliebigen Vorwand

militärisch zu intervenieren. Dies könnte in Form der Entsendung von Friedenstruppen geschehen, durch das Ziehen einer "roten Linie" in der Westukraine, um jeden russischen militärischen Durchbruch in diese Richtung zu stoppen (unter dem Schutz des US-amerikanischen Nuklearschirms), oder einfach durch die Freisetzung von Kiews Streitkräften an dieser Front, um sie in den Osten und Süden zu schicken. Das bedeutet, dass man Naryschkins Warnung vor einer polnischen Militärintervention noch nicht abschreiben kann.

Von Andrew Korybko
Amerikanischer Politologe